

Anmeldung

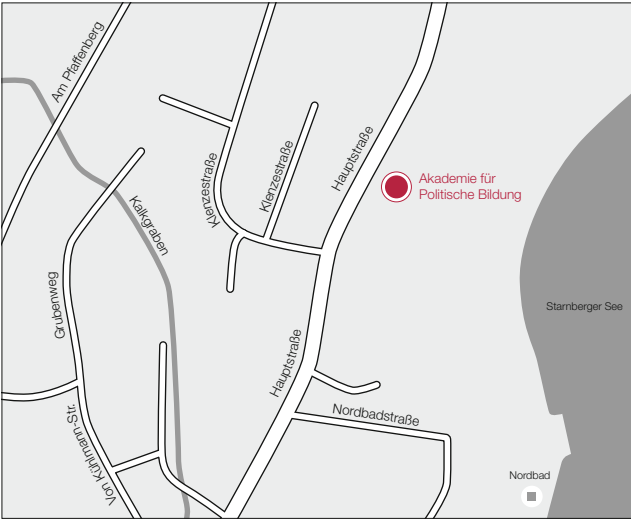
Das aktuelle Programm finden Sie unter **www.bpb.de/polizeitagung**  
Eine Anmeldung ist möglich unter **www.apb-tutzing.de/programm**

Für organisatorische Fragen zur Teilnahme wenden Sie sich bitte an **s.zschiegner@apb-tutzing.de**

Bitte melden Sie sich **bis zum 10. November 2017** an. Die Teilnehmendenzahl ist begrenzt. Die Anmeldung wird erst wirksam, wenn Sie von der Veranstalterin eine Teilnahmezusage erhalten haben. Der Teilnahmebeitrag beträgt unabhängig von in Anspruch genommenen Leistungen ohne Übernachtung, inkl. Verpflegung und Getränken 30 Euro. Eine Teilnahme mit Übernachtung vom 22. auf den 23. November inkl. Verpflegung und Getränken kostet 60 Euro.\* Eine Teilnahme mit Übernachtung im Doppelzimmer vom 22. auf den 23. November inkl. Verpflegung und Getränken kostet 50 Euro.\* Mit der Teilnahmezusage erhalten Sie eine Kontoverbindung, auf die der Teilnahmebeitrag vorab zu überweisen ist.

\* Reisekosten werden nicht erstattet. Teilnehmende mit Übernachtungswunsch werden im Tagungsort (Akademie für Politische Bildung Tutzing, Buchensee 1, 82327 Tutzing) untergebracht. Kosten für die Stornierung der Unterbringung in der Akademie, die durch eine Absage bzw. Nichtanreise entstehen, müssen wir Ihnen leider in voller Höhe in Rechnung stellen. Die Rückerstattung eines etwaigen Teilnahmebeitrags ist nicht möglich. Der Teilnahmebeitrag wird jedoch auf die Kosten für die Stornierung der Hotelunterbringung angerechnet.

Anfahrt



Organisation

**Termin**  
22.–23. November 2017

**Veranstaltungsort**  
Akademie für Politische Bildung  
Buchensee 1  
82327 Tutzing

**Für**  
Die Fachtagung richtet sich vor allem an Beamtinnen und Beamte der Landespolizeien und der Bundespolizei, an zivilgesellschaftliche Akteurinnen und -akteure sowie an politische Bildnerinnen und Bildner.

**Veranstalter**  
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin  
Akademie für Politische Bildung, Tutzing

**Kontakt**  
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Hanne Wurzel  
Leiterin Fachbereich Extremismus  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn  
hanne.wurzel@bpb.bund.de

**Pressekontakt**  
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Stabsstelle Kommunikation  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn  
Tel +49 (0)228 99515-200  
Fax +49 (0)228 99515-293  
presse@bpb.de



Polizei und Rechtsextremismus  
Zur Vermessung eines schwierigen Feldes

22.–23. November 2017  
Akademie für Politische Bildung in Tutzing

Eine Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und der Akademie für Politische Bildung Tutzing



Editorial

Spätestens seit den 1990er Jahren ist nicht nur der Rechtsextremismus, sondern auch „Polizei und Rechtsextremismus“ ein Dauerthema: Die Debatte kreist – nicht erst seit Bekanntwerden der Mordtaten des NSU – um den angemessenen polizeilichen Umgang mit dem (gewaltförmigen) Rechtsextremismus und um fremdenfeindliche Einstellungen innerhalb der Polizei. Regelmäßig wird die Polizei aufgrund der Absicherung rechtsextremer Aufmärsche und dem dabei oftmals als rigide empfundenen Vorgehen gegen Gegendemonstranten kritisiert. Viele Beamtinnen und Beamten wehren sich entschieden: Sie müssten den Kopf für eine Ideologie hinhalten, die sie zutiefst ablehnten und würden dennoch von vielen Seiten als Sündenböcke dargestellt. Zudem steht die Polizei durch ihr Vorgehen gegen rechts-extrem motivierte Straf- und Gewalttaten oft selbst im Fokus der extremen Rechten. Das kann bis hin zu gezielten Kampagnen gegen einzelne Polizeibeamte gehen.

Die Tagung will das Feld „Polizei und Rechtsextremismus“ beleuchten, die Probleme definieren und Handlungswege aufzeigen.

Programm

Mittwoch, 22. November 2017

9.30 – 10.30 Uhr	<b>Anreise, Kaffee in der Halle</b>
10.30 – 10.45 Uhr	<b>Begrüßung und Einführung</b> Prof. Dr. <b>Ursula Münch</b> , Direktorin Akademie für Politische Bildung Tutzing <b>Hanne Wurzel</b> , Fachbereichsleitung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
10.45 – 12.30 Uhr	<b>Grundlagen: Polizei und Rechtsextremismus – Aspekte eines komplexen Themas</b> „Polizei und Rechtsextremismus“ ist offenbar ein Dauerbrenner von besonderer Brisanz. In den Medien kommt es immer wieder zu Schlagzeilen wie: „Razzia gegen Reichsbürger“ – „Massive Polizeipräsenz wegen NPD-Demo“ – „Polizei ermittelt gegen Rechtsextreme in den eigenen Reihen“ ... Aus verschiedensten Gründen rückte das Thema in den vergangenen Jahren Thema verstärkt in den Fokus polizeilicher Führungstagungen, wurde Gegenstand der polizeilichen Ausbildung und führte zur Entwicklung von spezifischen Fortbildungen und Einsatzkonzepten. Der Vortrag skizziert das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen „Polizei und Rechtsextremismus“ und führt so zugleich in das Tagungsthema ein.  Prof. Dr. <b>Christoph Kopke</b> , Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

12.30 – 14.00 Uhr	Mittagessen
14.00 – 16.30 Uhr	<b>Workshop-Phase 1: Problemlagen und Herausforderungen</b>  <b>AG 1: Grauzonen: Rechtsextremismus, Rechts-populismus</b>  „Ich bin ja kein Nazi, aber ...“. Die Zeiten, in denen rechtsex-treme Aussagen ausschließlich von Menschen mit Glatze und Bomberjacke getätigt wurden, sind lange vorbei. Gerade mit dem Aufkommen des Rechtspopulismus und der Debatte um Flucht und Asyl sind Grauzonen entstanden, bei denen sich das Recht auf Meinungsäußerung und Diskriminierung gegen-überstehen. Verschwimmen die Grenzen zwischen Rechts-extremismus und Rechtspopulismus mehr und mehr? Und was bedeutet das für die Polizeiarbeit? Der Workshop soll diese Fragen in den Blick nehmen.  <b>Wolfgang Meyer</b> , Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, München <b>Justus Bender</b> , Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main  <b>AG 2: NSU als Zäsur in der Polizeiarbeit</b>  Erst spät entpuppten sich die vermeintlichen Taten aus „dem Milieu“ als die Mordserie einer rechtsextremen Terrorzelle, die jahrelang ungestört agieren konnte. Die Taten, aber auch die von vielen Stellen mehr als zögerliche Aufarbeitung der Geschehnisse rund um den „Nationalsozialistischen Untergrund“ ließen in der Öffentlichkeit eine Diskussion um das Versagen der Sicherheitsbehörden aufkommen. Wie es um die Nachwirkungen des „NSU“ auf die Polizeiarbeit sechs Jahre nach dem Bekanntwerden bestellt ist, soll dieser Work-shop erörtern.  <b>Florian Ritter</b> , MdL (SPD), München <b>N.N.</b> , Polizei  <b>AG 3: Das Phänomen Reichsbürger: Besondere Herausforderungen für die alltägliche Polizeiarbeit</b>  Im Oktober 2016 erschießt ein selbsternannter „Reichsbürger“ einen Beamten einer Spezialeinheit während eines Einsatzes und verletzt zwei weitere. Dazu bewegt hatte ihn die Front-stellung gegen die „BRD-GmbH“ und deren Vertreter. Und auch abseits direkter Gewaltanwendung fallen die „Reichs-bürger“ in der Ablehnung gegenüber dem Staat und seinen Vertretern vermehrt auf. Was genau aber beinhaltet die Ideologie der „Reichsbürger“? Und vor allem: Wie begegnet man dieser Szene mit polizeilichen Mitteln?  <b>David Begrich</b> , Miteinander, Magdeburg <b>Jacqueline Schleicher</b> , Bildungszentrum der Thüringer Polizei, Meiningen

	<b>AG 4: Rechtsextremismus im Stadion</b>  Die Fanszenen und Deutschland haben sich ausdifferenziert, zwischen sog. Kutten, Hooligans und Ultras, von friedlich bis gewaltsuchend, von antidiskriminierend bis rechtsextrem. Doch immer noch ordnen sich manche Fangruppierungen öffentlich der rechten Szene zu, die Initiative „Hooligans gegen Salafisten“ ist nur ein Beispiel hierfür. Der Erfolg von Gegen-maßnahmen hingegen bleibt ambivalent. Ziel dieser Arbeits-gruppe ist es, die Strukturen der rechtsextremen Gruppie-rungen zu beleuchten und Ansätze der Prävention – von polizeilicher und auch zivilgesellschaftlicher Seite – vorzustellen.  <b>Robert Claus</b> , Kompetenzgruppe für Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit, Hannover <b>Alexander Jarling</b> , Zentrale Polizeidirektion, Hannover
16.30 – 17.00 Uhr	Kaffeepause
17.00 – 18.30 Uhr	<b>Herausforderung Social Media</b>  Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterliegt insbesondere in Zeiten der Sozialen Medien einem immer schneller wer-denden Wandel. Die Polizei nutzt viele der Kanäle für eine gezielte Ansprache an die Bürgerinnen und Bürger, sieht sich gleichzeitig aber auch mit den neuen Herausforde-rungen einer Kommunikation konfrontiert, in der Respekt auf der Strecke bleibt. Marcus da Gloria Martins stellt die An-sätze und Probleme dieser Kommunikation vor.  <b>Marcus da Gloria Martins</b> , Polizeipräsidium München
18.30 – 19.30 Uhr	Abendessen
ab 19.30 Uhr	<b>NSU-Monologe Im Anschluss Podiumsgespräch</b>  Sechs Jahre nach den letzten Taten des „Nationalsozialis-tischen Untergrunds“ erzählen die „NSU-Monologe“ von dem Leben und Leiden der Opferfamilien. Elif Kubaşık, Adile Şimşek und İsmail Yozgat dokumentieren ihren Kampf um die Aufklärung der Hintergründe und die Erinnerung an ihre Familienmitglieder.  <b>Seda Basay Yildiz</b> , Rechtsanwältin, Frankfurt am Main Dr. <b>Günther Beckstein</b> , Ministerpräsident a. D. (CSU), Nürnberg <b>André Schulz</b> , Bundesvorsitzender, Bund Deutscher Kriminalbeamter, Berlin  Moderation Dr. <b>Julia Gerlach</b> , Evangelische Akademie Meißen

Donnerstag, 23. November 2017	
8.15 – 9.00 Uhr	Frühstück
9.00 – 11.30 Uhr	<b>Treffen im Plenum</b> Im Anschluss  <b>Workshop-Phase 2: Antworten und Lösungsansätze</b>  <b>AG 1: Erfassung politisch motivierter Kriminalität (PMK) durch die Polizei – Grenzen, Möglichkeiten und Kritik</b>  Die Statistiken der „Politisch motivierten Kriminalität“ sehen sich oft Kritik gegenüber – zu ungenau seien die Angaben, zu viele Fälle würden als „Kneipenschlägereien“ oder „Taten betrunkenen Jugendlicher“ abgetan und somit nicht in die Zählung aufgenommen. Wie kann man dieser Kritik entge-gentreten? Was besagen diese Statistiken, was verschwei-gen sie?  <b>Susanne Feustel</b> , Kulturbüro Sachsen, Dresden <b>Anke Henke</b> , Landeskriminalamt Berlin  <b>AG 2: Polizei und Minderheiten – „Diversity Manage-ment“ und Förderung interkultureller Kompetenz in der Polizei</b>  Eine zentrale Forderung im Nachgang der Aufdeckung des „NSU“ lautete, die interkulturelle Kompetenz innerhalb der Sicherheitsbehörden zu stärken. Wie aber kann diese Förde-rung aussehen? Was genau bedeutet eigentlich „Diversity Management“? Und welche Chancen ergeben sich dadurch, welche Grenzen haben solche Maßnahmen?  Prof. Dr. <b>Wolfgang Kühnel</b> , Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Dr. <b>André Günther</b> , Polizeiakademie Berlin  <b>AG 3: Rechtsextremismus als Thema in der polizei-lichen Aus- und Fortbildung – Stand und Ausblick</b>  Die Beschäftigung mit dem (Rechts-)Extremismus kann in der polizeilichen Aus- und Fortbildung sehr unterschiedlich erfolgen. Mal wird sie einzelnen Fächern zugewiesen, mal von verschiedenen Disziplinen betrachtet. Sie kann sich auf Phänomenologie beschränken oder die Ideologie themati-sieren. In dem Workshop sollen der Ist-Zustand in diesem Bereich betrachtet, die Bedarfe und Bedürfnisse an die Bildungsarbeit geklärt sowie untersucht werden, welche Än-derungen in der Ausbildung vorgenommen werden können.  <b>Rodion Makufke</b> , Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin Prof. Dr. <b>Bernhard Frevel</b> , Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Münster

	<b>AG 4: Polizei contra Zivilgesellschaft? Über den Umgang mit Protesten gegen rechtsextreme Demons-trationen</b>  Oft kommt es im Vorfeld und auch während rechtsextremen Aufmärschen zu Kontroversen zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft. Die eine Seite sieht sich zu Unrecht als „Handlanger“ diskriminiert, obwohl sie das Versammlungs-recht zu schützen hat, zivilgesellschaftliche Akteure sehen ihr Recht auf Meinungsäußerung durch die Polizei beein-trächtigt. Der Workshop soll diese Konfliktfelder darstellen und Wege aus den Konflikten aufzeigen.  <b>Martin Becher</b> , Evangelische Bildungs- und Tagungs-zentrum Bad Alexandersbad <b>Udo Behrendes</b> , ehemals Polizeipräsidium Köln
11.30 – 12.30 Uhr	<b>Tagungskommentar</b>  Barbara John ist Ombudsfrau für die Opfer des „Nationalso-zialistischen Untergrunds“ und wirft vor dem Hintergrund des Abschluss-berichtes des NSU-Untersuchungsausschus-ses und den darin enthaltenen Aufgaben für die Polizei, einen abschließenden Blick auf die Fachtagung.  Prof. <b>Barbara John</b> , Ausländerbeauftragte des Berliner Senats a. D., Berlin
12.30 Uhr	Mittagessen, <b>Ende der Tagung</b>